

Rat Unna beschließt Klimanotstand und Sicherem Hafen: Bericht aus der Sitzung

Von
Redaktion

26. September 2019



Der Eingang zum Unnaer Ratssaal. (Foto

Rundblick)

Die Unnaer Politik hatte am Donnerstag, 26. 9., in der Ratssitzung wichtige Beschlüsse zu treffen. Wir berichteten hier aktuell aus dem Ratssaal.

17.40 Uhr – eine mehrheitliche Zustimmung zur Ausrufung des Klimanotstand zeichnet sich ab (mit SPD und Grünen plus Bürgermeisterstimme). CDU, FDP, FLU und Christoph Tetzner (fraktionslos) stören sich am Wort Notstand sowie an der Symbolpolitik.

Es wird hitzig diskutiert, bei den Signalen zur Zustimmung klatschen die anwesenden Jugendlichen (ein paar sind gekommen) laut.

SPD-Ratsherr Volker König stört sich daran, dass plötzlich jede Fraktion versuche, die Grünen ökologisch zu überholen: Schluckbeschwerden beim Wort Notstand solle man herunter schlucken und dieser Resolution zustimmen, um nach außen zu zeigen: Wir tun was. Karl Dittrich von den Grünen beharrt auf dem Wort Notstand, er behauptet: „Die Jugend HAT einen Notstand!“

18 Uhr: BM Kolter verkündet, dass klimarelevante Aspekte mit dieser Resolution zum Maßstab allen Handelns werden. Was nicht bedeute, dass Unna jetzt keine neuen Gewerbe-

und Wohngebiete mehr ausweise etc. WAS es also konkret bedeutet, bleibt unklar. Mit 25 Ja-Stimmen und 17 Nein angenommen.

18.10 Uhr: Antrag Sicherer Hafen Unna – auch dieser Antrag wird mit rotgrünlinker Mehrheit angenommen. Die SPD sieht eine moralische Verpflichtung, sagt Sebastian Laaser, und werde im Ernstfall auch dazu stehen, mehr Menschen als zugewiesen aufzunehmen. Das finanzielle Argument könne nicht ausschlaggebend sein (aktuelle Haushaltssperre).

Auch die asylrechtlichen Fragen, die FLU und CDU ansprechen, sind für die Befürworter sekundär.

Rudi Fröhlich, CDU, merkt an, dass die meisten dieser Flüchtlinge keine Aussicht auf Bleiberecht haben und Armutsflüchtlinge sind. Und solche Signale hätten Poolwirkung, Sogwirkung. Und er wolle so etwas aussprechen dürfen, ohne sich vom Grünen Björn Merkord anhören zu müssen: „Lasst euch nicht von rechten Parolen beeinflussen.“ (Das kam nämlich direkt wieder.) Er wolle klar geregelt haben, wer das wie finanziert, und zwar vorher.

18.35 Uhr: Klaus Göldner sagt sehr eindringlich, dass es nicht in Ordnung sei, alle, die nicht zustimmen, in die rechte Ecke zu stellen. Die Diskussion entzweie, und das sei sehr ungut. Zuvor musste sich Rudi Fröhlich dagegen verteidigen, dass er zu Recht zu bedenken hab, Armut sei kein Asylgrund (rechtlich gesehen ist das schlicht Fakt).

Der Grüne Soyubey, selbst Migrationshintergrund, kritisiert daraufhin, für solche Aussagen schäme er sich. Sachliche Diskussion unmöglich

Jessika Tepe, fraktionslos, stellt daher den Antrag zur Geschäftsordnung, die Diskussion zu beenden.

18.42 Uhr: Antrag Sicherer Hafen Unna mit 24 Ja bei 19 Nein beschlossen.

18.48 Uhr: Es geht um den Antrag der SPD und der Grünen, 20 Prozent Fraktionszuwendungen zu kürzen. CDU-Chef Fröhlich betont, dann müsse man Fraktionsgeschäftsführer Kersting kündigen, den man dann nicht mehr bezahlen könne.

Denn der CDU sind bekanntlich 3 Fraktionsmitglieder abhanden gekommen, es gibt daher weniger Geld, und das fehlt. Leidenschaftlicher Appell von Gaby Meyer, CDU, dieser betriebsbedingten Kündigung nicht zuzustimmen.

19.02 Uhr: Entsetzt über diese Argumentation zeigt sich Exgewerkschafter Karl Dittrich, man müsse niemanden rauswerfen, sondern müsse sehen, wie man an anderen Stellen spare. Das müsse jeder normale Betrieb auch.

FLU Chef Göldner sagt, er begrüße sehr, dass endlich mal gespart werden solle im eigenen Haus. Es könne nicht sein, es armselig, mit der Kündigungskeule zu argumentieren. Vielleicht einfach mal Klausurtagungen im Rathaus abhalten statt 3 Tagen in 4 Sterne Hotels? Darauf kontert Fröhlich, als Göldner Fraktionschef der CDU war, sei man IMMER in 4 Sterne Hotels gefahren.

19.50 Uhr – Der Antrag von SPD und Grünen, 20 Prozent einzusparen, wird auf CDU Antrag geheim abgestimmt, nach 15-minütiger Pause.

Ja – 23, Nein – 16. 2 Enthaltungen. Die Fraktionen schnallen den Gürtel enger und sparen gesamt rund 62.000 Euro im Jahr an Steuergeld.

19.58 Uhr — wir verabschieden uns an diesem Punkt und berichten über noch folgende Tagesordnungspunkte später noch nachrichtlich.